Nürnberg 2022
04. November 2022

DHV - Die Berufsgewerkschaft

Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit – DHV!

Leitantrag

Die Zeit seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie bis heute bedeutet eine Zäsur für die Menschen auf der Welt. Corona hat nicht nur die Zuversicht an die wirksame Eindämmung weltweiter Krankheitspandemien durch den steten medizinischen Fortschritt erschüttert. Corona hat auch unser Leben nachhaltig verändert und die Wirtschaft weltweit in schwere Krisen gestürzt. Viele Menschen sind gestorben oder müssen infolge einer Corona-Infektion mit gesundheitlichen Belastungen in Form von Long Covid leben. Viele Menschen haben durch Kurzarbeit eine berufliche und private Existenzkrise durchlebt und sind auch heute noch schweren beruflichen und finanziellen Belastungen ausgesetzt. Die Wirtschaft leidet auch über zwei Jahre nach Beginn noch unter den Folgen der Corona-Pandemie. Viele Staaten weltweit haben sich in einem erheblichen Maße verschuldet.

Der seit dem 24.02.2022 geführte Krieg Russlands gegen die Ukraine bedeutet eine noch größere Zäsur für die Menschen. Er bedroht den Frieden nicht nur in Europa, sondern weltweit und hat die Angst um eine nukleare Eskalation geweckt. Der Frieden in Europa, das Leben und die Sicherheit der Menschen sind gefährdet! Die Freiheit ist durch einen Despoten im Kreml bedroht, der meint, mit Gewalt die bestehende Ordnung zu stürzen und neu zu gestalten.

Doch selbst wenn es nicht zu einer weiteren Kriegseskalation kommen sollte, vernichtet der Ukrainekrieg schon heute Wohlstand und bereitet vielen Menschen Sorge, durch das soziale Netz zu fallen und in Armut abzurutschen. Die rasant steigende Inflation macht das tägliche Leben für die Menschen teurer. Die explodierenden Preise für Gas, Heizöl, Kraftstoffe und Strom werden noch weiter die Inflation befeuern. Menschen, die schon heute kaum über die Runden kommen, drohen im Winter im Kalten und Dunklen und mit kaum ausreichenden Lebensmitteln zu leben, weil sie nicht mehr ihre Heiz- und Stromkostenrechnungen zahlen und nicht mehr ausreichend Lebensmittel einkaufen können. Eine solche existentielle Lebenskrise droht nicht nur Hartz-IV-Empfängern. Sie droht Rentnern, die ihr Leben gearbeitet und zu Deutschlands Wohlstand beigetragen haben, die aber wegen niedriger Löhne nur eine kleine Rente beziehen. Sie droht Menschen bis in die Mittelschicht. Arbeitnehmer, die zu ihrer Arbeit pendeln müssen und auf ihr Auto angewiesen sind, werden zusätzlich mit den rasant steigenden Spritkosten belastet. Dieser existenzgefährdende Mix von explodierenden Spritpreisen, stark steigenden Abschlagszahlungen bei Strom, Heizöl und Gas sowie den immer höheren Aufwendungen für Produkte des täglichen Bedarfs droht viele Menschen über den Rand ihrer finanziellen Belastbarkeit hinaus zu bringen.

Die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg sind Treiber für autokratische Tendenzen, die zunehmend die Freiheit der Menschen bedrohen und zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit einschränken. Totalitäre Regime wie die chinesische Staatsführung nehmen die Pandemiebekämpfung zum Anlass, die Überwachung der Menschen weiter auszubauen und ihre individuellen Freiheiten weiter einzuschränken. In Russland sind im Zuge des Krieges die letzten Reste individueller Freiheiten eliminiert worden. Wer die Politik des Kremls kritisiert und gar den Ukrainekrieg beim Namen benennt, riskiert mehrere Jahre Haft. Der Verbündete Weißrussland hat die Arbeit unabhängiger Gewerkschaften verboten und Gewerkschafter inhaftiert, die sich für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. In der Ukraine kämpft die internationale, christlich-gewerkschaftliche Partnerorganisation VOST VOLYA für eine auf den demokratischen freiheitlichen Werten basierende Gewerkschaftsarbeit. In Europa und in den Vereinigten Staaten fühlen sich Anhänger autoritärer Politik zunehmend im Aufwind. Sie werden dabei unterstützt von Russ-

land, das sich davon eine Destabilisierung der freiheitlichen demokratischen Ordnung in Europa und Amerika erhofft.

Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit sind für die Menschen unverzichtbare Güter. Diese Werte gilt es zu schützen. Denn ohne Menschen, die in Frieden und Freiheit leben und sozial gegen existentielle Risiken abgesichert sind, kann unsere freiheitliche demokratische Grundordnung nicht existieren. Dann drohen Autokratie und Unterdrückung!

Ukrainekrieg

Deshalb fordert der 22. ordentliche DHV-Bundesgewerkschaftstag:
Frieden und Freiheit sind unabdingbare Basis für eine menschenwürdige Existenz! Deshalb:

- **Frieden und die Freiheit der Menschen müssen weltweit stärker geschützt werden!** Friedliche Konfliktlösung statt Kriege muss das Handeln von Staaten bestimmen! Die Menschenrechte sind universell und müssen von allen Staaten beachtet werden!
- **Der Bundesgewerkschaftstag unterstützt die Solidaritätsbekundung des CGB für die verbotenen Schwestergewerkschaften in Belarus und die Forderung an den belarussischen Präsidenten, die Politik der Unterdrückung zu beenden und die inhaftierten Gewerkschafter, die sich für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, unverzüglich freizulassen!**
- **Der Bundesgewerkschaftstag solidarisiert sich mit der ukrainischen Partnergewerkschaft VOST VOLYA in ihrem Kampf für Frieden, für den Erhalt der demokratischen Rechte, insbesondere der Freiheit der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung, und für die Gewährleistung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Ukraine! Als Mitglied des gemeinsamen Weltdachverbandes „World Organisation of Workers (WOW)“ wird die DHV ihre ukrainische Partnergewerkschaft im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten unterstützen!**

Deutschland ist mit der größten Krise in der Nachkriegszeit konfrontiert. Viele Menschen stehen vor existentiellen Herausforderungen. Die wirtschaftliche, aber auch die politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland steht auf dem Spiel. Das Vertrauen in die Demokratie sinkt rapide.

In diesen herausfordernden Zeiten erwarten die Bundesbürger von der Politik eine klare Orientierung und entschlossenes Handeln. Die bloße Ankündigung von großen Entlastungspaketen oder eines „Doppelwumms“ reicht nicht aus. Maßnahmen müssen auch zügig umgesetzt werden und dürfen nicht wochenlang in der Luft hängen! Es darf auch nicht sein, dass einerseits an die Menschen eindringlich appelliert wird, jede Kilowattstunde Strom oder Gas zu sparen, während sich die Bundesregierung andererseits einen Streit um den befristeten Weiterbetrieb der letzten drei Atomkraftwerke leistet und mit diesem Streit rund 6 % der erzeugten Stromleistung aufs Spiel setzt!

Bezahlbare Energie

Energie zu bezahlbaren Preisen ist unabdingbar für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz! Menschen dürfen nicht durch exorbitant steigende Nebenkosten für Strom und Wärme in

finanzielle Existenznot geraten. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung gibt in diesem essentiellen Punkt nicht die ausreichenden Signale. Es bedarf weitergehender Maßnahmen zum Schutze der Menschen vor Überforderung.

Deshalb fordert der Bundesgewerkschaftstag:

- **Die Bundesregierung darf die Energiekrise nicht noch Die verbliebenen Atomkraftwerke müssen mindestens über das Frühjahr 2023 hinaus weiterlaufen.**
- **Die Gaspreisbremse muss so schnell wie möglich kommen.**
- **Neben der vorgesehenen Gaspreisbremse müssen auch Bezieher anderer Energieträger entlastet werden. Dies könnte über eine Einmalzahlung oder über einen steuerlichen Freibetrag erfolgen.**
- **Die Mehrwertsteuer auf Gas soll dauerhaft und nicht nur bis Ende März 2024 von 19 % auf 7 % gesenkt werden.**
- **Die Mehrwertsteuer auf Heizöl und Strom und muss von 19 % auf 7 % gesenkt werden.**
- **Staatlich veranlasste Bestandteile bei den Bezugspreisen sollen von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden.**
- **Die steigenden Gaspreise dürfen nicht dazu führen, dass die Schwächsten der Gesellschaft in Energiearmut verfallen. Zur Vermeidung, dass Menschen im Dunkeln und bei Kälte ihr Dasein fristen, sind die Strom- und Gasanbieter zur Lieferung auch bei Zahlungsausfällen zu verpflichten. Die Zahlung der Rechnungen ist in Form von schnellen unbürokratischen Hilfen - z.B. zinsloses Darlehen oder Energiegeld – sicherzustellen. Die Kündigung von Mietverhältnissen wegen Zahlungsausfällen ist auszuschließen.**
- **Das geplante Bürgergeld muss die Preissteigerungen bei Strom und Gas auffangen. Auch die Stromkosten müssen vom Staat in angemessener Höhe übernommen werden. Die Frage der Angemessenheitsgrenze für die zu übernehmenden Strom- und Heizkosten ist wohlwollend im Sinne der Bedürftigen auszulegen. Anpassungen bei der Unterstützungsleistung müssen erforderlichenfalls kurzfristig erfolgen.**

Weg zur Arbeit

Für Menschen, die zu ihrer Arbeit pendeln, darf der tägliche Weg von Zuhause zur Arbeit nicht zu einem finanziellen Luxus werden. Sie sind auf einen bezahlbaren Weg von ihrem Zuhause zur Arbeit angewiesen. Wenn dies nicht mehr gewährleistet ist, lohnt sich die tägliche Arbeit nicht mehr, und die Grundlage für eine auskömmliche finanzielle Existenz entfällt. Auch Arbeitnehmer/innen, die für Dienstreisen ihren privaten PKW nutzen müssen, sind von den stark steigenden Kraftstoffpreisen betroffen. Auch in diesen Punkten geht das dritte Entlastungspaket nicht weit genug.

Die Kosten für die Fahrt von der Wohnung zum Arbeitsplatz sind ein klassischer Fall von Werbungskosten. Diese werden als Kosten definiert, die zur Erlangung eines steuerpflichtigen Einkommens erforderlich, daher kein steuerpflichtiges Einkommen sind und nicht der Steuerpflicht unterliegen. Sie können daher vom Arbeitgeber steuerfrei gewährt werden. Alternativ kann sie vom steuerpflichtigen Arbeitnehmer in der Einkommenssteuer steuermindernd abgesetzt werden; dafür können auch Freibeträge beantragt werden, die sich in der monatlichen Nettozahlung steuermindernd auswirken. Dies gilt unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel.

Deshalb fordert der Bundesgewerkschaftstag:

- **Für Pendeln mit dem PKW legt der Gesetzgeber einen Pauschalsatz je gefahrenen Kilometer (auch Doppelkilometer möglich) auf der Basis der Kosten für einen PKW mittlerer Größe fest, der ab dem 1. Kilometer gilt. Als Bezugspunkt könnte der seit 1.1.2022 geltende Satz von € 0,38 je km verwendet werden, der jedoch nicht kostendeckend ist und der in der gegenwärtigen Situation aktualisiert werden muss, z.B. durch eine Festsetzung auf € 0,50 je km.**
- **Für das Pendeln mit Bus oder Bahn können die dafür erforderlichen Monatskarten der ÖPNV und des DB-Fernverkehrs vom Arbeitgeber in voller Höhe steuerfrei ersetzt oder vom Arbeitnehmer in der Steuererklärung abgesetzt werden.**
- **Werden die Kosten für das Pendeln zwischen Wohnung und Arbeitsplatz vom Arbeitgeber nicht erstattet, sind sie vom Arbeitnehmer in voller Höhe bei seiner Steuererklärung abzugsfähig.**
- **Auf Antrag sind vom Finanzamt dafür Freibeträge einzurichten, so dass die Steuerermäßigung monatlich bei der Gehaltsabrechnung eintritt.**
- **Für Dienstfahrten des Arbeitnehmers mit einem privaten PKW gelten die gleichen Pauschalsätze wie für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.**

Inflation und Steuerprogression

Mit der Inflation verbunden ist eine Entwertung der Einkommen und Vermögen der Menschen. Sie muss entschieden bekämpft werden. Menschen dürfen wegen der Inflation nicht in Existenznöte geraten!
Deshalb:

- **Der Bundesgewerkschaftstag begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, die kalte Progression abzubauen. Die Bundesregierung muss aber sicherstellen, dass die progressiven Steuertabellen und steuerliche Freibeträge entsprechend der Inflationsentwicklung jährlich dynamisiert werden!**
- **Die Arbeitgeberverbände sind aufgefordert, in den Tarifverhandlungen dem Aspekt der Inflation gebührend Achtung zu schenken.**
- **Bedürftigen Menschen, die sich wegen der hohen Inflation einen angemessenen Lebensmitteleinkauf nicht mehr leisten können, sind angemessene Unterstützungsleistungen zu gewähren, z.B. über das Bürgergeld.**

Arbeitsplatz und Raumtemperatur

Staatliche Vorgaben zur Absenkung von Raumtemperaturen am Arbeitsplatz dürfen nicht die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen konterkarieren. Das gilt vor allem im Hinblick auf Maßnahmen zur Bekämpfung von steigenden Corona-Infektionszahlen. Homeoffice und mobiles Arbeiten werden im Herbst und Winter wieder vordringliche Maßnahmen sein. **Deshalb:**

- **Die Bundesregierung muss bei möglichen Maßnahmen zur Einschränkung der Gaszuteilung an Unternehmen sicherstellen, dass diese die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Maßgaben zur Mindestraumtemperatur (+20 Grad bei leichten Arbeiten; +17 Grad bei mittelschweren Arbeiten; +21 Grad in Pausen-, Bereitschafts-, Liege-, Sanitär- und Sanitätsräumen; +24 Grad in Dusch- und Baderäumen) gewährleisten können.**
- **Im Falle einer wegen Gasknappheit im Winter erforderlichen Zuteilung von Erdgas an private Haushalte muss ebenfalls sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer/innen im**

Homeoffice unter Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Mindestraumtemperaturbestimmungen arbeiten können.

- **Von einer Umsetzung möglicher Überlegungen, den Bundesbürgern nur das Heizen eines Teils ihrer Wohnräumlichkeiten zu erlauben, muss der Homeofficebereich ausgenommen werden.**
- **Der Betrag der steuerlichen Absetzbarkeit der Homeofficearbeit muss angesichts der explodierenden Kosten für Heizen und Energie und angesichts der Gasumlage von 5 € auf 10 € verdoppelt werden. Zumindest für die Steuererklärungen 2022 und 2023 ist die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit auf 120 Tage aufzuheben.**
- **Pauschale Zuschüsse des Arbeitgebers zur Zahlung einer Heiz- und Stromkostenzulage für Homeofficearbeit sollen bis zu einer Höhe von 70 € monatlich steuer- und sozialversicherungsfrei gewährt werden können.**

Rezessionsgefahr und soziale Absicherung

Die Gaskrise droht, Deutschland in eine tiefe Rezession zu stürzen, die die Coronakrise noch in den Schatten stellen könnte. Es ist wichtig, sich für das wahrscheinliche Krisenszenario vorzubereiten und vor allem die bewährten Instrumente zur Unterstützung bei Kurzarbeit in der Hand zu haben.

Deshalb:

- **Der Bundesgewerkschaftstag begrüßt das im dritten Entlastungspaket vorgesehene Vorhaben zur Verlängerung der Regelungen zum Kurzarbeitergeld. Darüber hinaus sollte es aber auch für Minijobber/innen eine dem Kurzarbeitergeld vergleichbare Lohnersatzleistung geben.**
- **Der Bundesgewerkschaftstag fordert die Tarifpartner und Betriebsparteien auf, bestehende Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit fortzuführen bzw. ausgelaufene Regelungen wieder in Kraft zu setzen.**

Bei den staatlichen Entlastungsmaßnahmen muss die Bundesregierung auch die Rentner/innen und die jungen Menschen angemessen berücksichtigen. Viele alte Menschen kommen mit ihrer Rente schon heute kaum über die Runden bis zum nächsten Monat. Der Bildungsweg junger Menschen darf nicht davon abhängen, ob ihre Eltern sich die stark steigenden Kosten für angemessenen Wohnraum und für den täglichen Lebensunterhalt leisten können.

Deshalb:

- **Auch Rentner müssen von staatlichen Entlastungsmaßnahmen zur Abfederung der steigenden Energiekosten profitieren. Die für Dezember 2022 vorgesehene Zahlung der Energiepauschale an Rentner/innen und Studierende ist zu begrüßen. Aber darüber hinaus ist auch Rentnern/innen weitere Entlastungen zu verschaffen.**
- **Das BaföG muss weiter reformiert werden. Mehr Studierende müssen in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Auch auf junge Menschen in Ausbildungen muss der Fokus gerichtet und erforderlichenfalls staatliche Unterstützungsmaßnahmen gewährt werden.**